



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

OTTO GRAF LAMBSDORFF



Der Freiheit verpflichtet

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Redaktion

Thomas Volkmann,
Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon: +49 30 22012634
Telefax: +49 30 69088102
E-Mail: service@freiheit.org

Stand

Dezember 2019

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Inhaltsverzeichnis

01 Herkunft und Jugend

- 04 Rheinländer, Berliner und Brandenburger

02 Politische Orientierung und Berufseinstieg

- 06 Freier Demokrat in der Wirtschaft

03 Der Weg in die Politik

- 08 Liberaler Gestalter

04 Ämter in der Politik

- 10 Parlamentarier, Bundesminister, Parteipolitiker

05 Politische Inhalte und Strategien

- 12 Ein Liberaler – voll und ganz
- 14 Grundsätze und Entscheidungen

06 Das Wirken in der Politik

- 16 In Partei, Fraktion und Regierung
- 20 Als „Elder Statesman“
- 22 Nachrufe: Wirkung und Vermächtnis
- 24 Stationen zu Otto Graf Lambsdorff

- 28 Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
- 30 Bildlegenden

HERKUNFT UND JUGEND

01 Rheinländer, Berliner und Brandenburger

Otto Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf Lambsdorff kam 1926 in Aachen zur Welt, als Angehöriger eines deutsch-baltischen Adelsgeschlechts mit Stammsitz im Westfälischen. Die Eltern, der Versicherungskaufmann und ehemalige St. Petersburger Kadett Herbert Graf Lambsdorff und dessen Frau Eva, geborene von Schmid, hatten sich nach dem Ersten Weltkrieg in Pommern kennengelernt. Sie waren dann ins Rheinland gezogen, wo die Familie der Mutter familiäre Bindungen hatte. Den größten Teil seiner Jugend verbrachte Otto Graf Lambsdorff in Berlin und Brandenburg, wo er Internatsschüler einer ehemaligen Ritterakademie in Brandenburg an der Havel war.

Mit 18 Jahren wurde Graf Lambsdorff zum Kriegsdienst eingezogen und wenige Tage vor Kriegsende 1945 in Thüringen bei einem Fliegerangriff schwer verwundet; ein Bein musste zur Hälfte amputiert werden. Schon in diesen jungen Jahren kam das außergewöhnliche Maß an Disziplin zum Vorschein, das zu seinem Markenzeichen werden sollte. 1946, als kriegsversehrter Neunzehnjähriger, holte er seine Abiturprüfung im westfälischen Unna nach und begann ein Jurastudium, das er 1950 mit dem Ersten und 1955 mit dem Zweiten Staatsexamen abschloss. 1952 wurde er bei dem bekannten Kölner Rechtswissenschaftler Carl Nipperdey zum Dr. jur. promoviert.



Otto Graf Lambsdorff

auf einem Personalisierungsplakat
von 1987 der F.D.P.



POLITISCHE ORIENTIERUNG UND BERUFSEINSTIEG

02 Freier Demokrat in der Wirtschaft

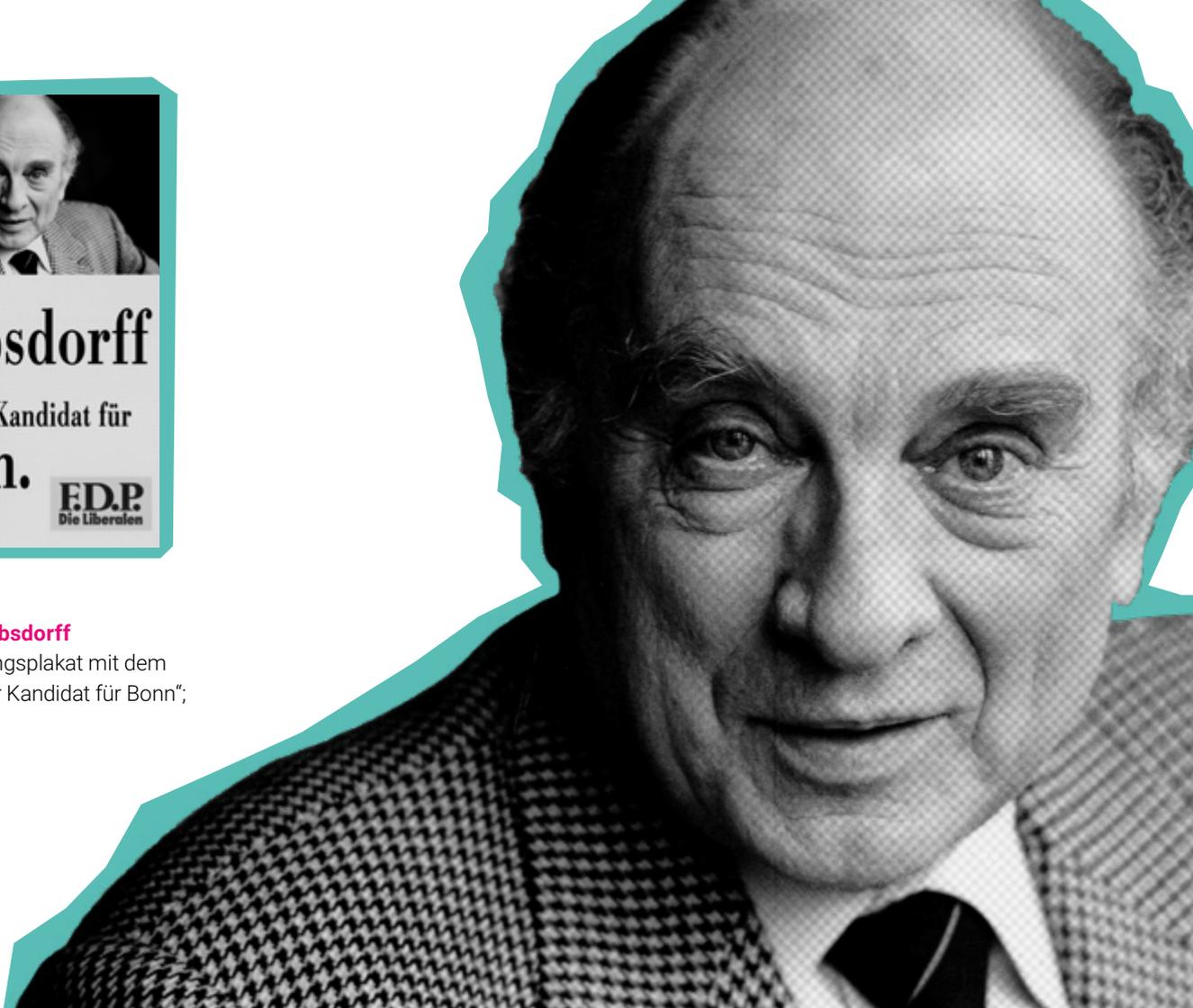
Der Jurastudent Otto Graf Lambsdorff war politisch sehr interessiert. Ludwig Erhards Währungsreform hatte ihn tief beeindruckt, aber konsequenterweise entschied er sich für die FDP: „Weil sie eine konsequent marktwirtschaftliche Position vertrat, weil sie antiföderalistisch war und weil sie auf die Beseitigung der Konfessionsschulen in NRW drängte“, so erklärte er später, trat er 1951 den Freien Demokraten bei. Eine Partei-

karriere strebte er zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht an. Stattdessen legte Graf Lambsdorff den Schwerpunkt auf eine berufliche Karriere in der Wirtschaft. Er trat in das private Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus ein und stieg dort bis zum Generalbevollmächtigten auf. Anfang der 1970er Jahre wechselte er in den Vorstand der ebenfalls in Düsseldorf ansässigen Victoria-Rückversicherung AG.



Otto Graf Lambsdorff

Personalisierungsplakat mit dem
Titelzusatz: „Ihr Kandidat für Bonn“;
F.D.P. von 1994



DER WEG IN DIE POLITIK

03 Liberaler Gestalter

Auch wenn er zu diesem Zeitpunkt noch keine Ämter anstrebte, brachte sich Graf Lambsdorff doch frühzeitig in die Arbeit der FDP ein. So wurde er bereits Anfang der 1950er Jahre, also kurz nach seinem Eintritt, stellvertretender Vorsitzender des Satzungsausschusses der Partei – was er als damals angehender Jurist sogar „vergnülich“ fand. Zu Beginn der 1970er Jahre hatte die FDP sich neuen politischen Konstellationen geöffnet und diskutierte über ihr später so benanntes Programm der Freiburger Thesen. Graf Lambsdorff arbeitete in der Programmkommission begeistert mit – er habe, so sagte er

später, alles ihm Mögliche getan, dass die Partei zu einem neuen Programm kommt. Man habe „wochenlang und vor allem nächtelang in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach ganze Tonnen von Papieren produziert und diskutiert“.

Als dann die Programmdiskussion beendet war und es ans praktische Umsetzen ging, war sein Interesse geweckt: Graf Lambsdorff beschloss, „in den Bundesvorstand zu kommen und bei der nächsten Wahl den Einzug in den Bundestag zu probieren“. Beides gelang ihm 1972.



Otto Graf Lambsdorff

Kandidatenplakat von 1972.

„Ihr Kandidat im Wahlkreis 57“
(Bergheim, Euskirchen)



ÄMTER IN DER POLITIK

04 **Parlamentarier, Bundesminister, Parteipolitiker**

Von 1968 bis 1978 war Otto Graf Lambsdorff als Schatzmeister Mitglied im geschäftsführenden FDP-Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen. Mit der Bundestagswahl 1972 wurde er Mitglied des Deutschen Bundestages; zuvor war er zum Beisitzer im FDP-Bundesvorstand gewählt worden. In der damaligen Bundestagsfraktion wurde Graf Lambsdorff direkt zum wirtschaftspolitischen Sprecher gewählt – eine wichtige Funktion, die er zunächst bis 1977 und dann wieder von 1984 bis 1997 bekleidete. Als Nachfolger von Hans Friderichs wurde er 1977 zum Bundeswirtschaftsminister ernannt und blieb dies bis zu seinem Rücktritt im Jahr 1984.

Auch sein politischer Einfluss in der FDP wuchs beständig. Zunächst im Bundesvorstand, ab 1982 dann im Präsidium der FDP, wurde er schließlich im Oktober 1988 zum FDP-Bundesvorsitzenden gewählt. Nachdem er erklärt hatte, 1993 nicht erneut für den Vorsitz kandidieren zu wollen, wurde er auf dem Bundesparteitag zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit akklamiert.





Auch in der internationalen Politik verfügte Graf Lambsdorff über beträchtlichen Einfluss. So war er von 1991 bis 1994 Präsident von Liberal International, dem weltweiten Zusammenschluss der liberalen Parteien, und zur gleichen Zeit Europäischer Vorsitzender der Trilateralen Kommission. Als überzeugter Transatlantiker verfügte er über hervorragende internationale Kontakte, vor allem auch in die USA, die er durch regelmäßige Reisen und viele politische Gespräche in seinen verschiedenen Funktionen nutzte.

Für elf Jahre, von 1995 bis 2006, bekleidete Graf Lambsdorff das Amt des Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung. In dieser Funktion kulminierten seine politischen Schwerpunkte zur Arbeit der Stiftung insbesondere in den Feldern der Wirtschaftspolitik, der Internationalen Politik und der Menschenrechtspolitik.

**Bundesaußenminister Walter Scheel,
Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher
und Otto Graf Lambsdorff** im Deutschen Bundestag

POLITISCHE INHALTE UND STRATEGIEN

05 Ein Liberaler – voll und ganz

Der Aufstieg Graf Lambsdorffs in der FDP und in der deutschen Politik insgesamt begann in ohnehin bewegten politischen Zeiten. SPD und FDP regierten seit Oktober 1969 in der sozialliberalen Koalition im Bund; ein Sozialdemokrat, Gustav Heinemann, war im Mai 1969 – mit den Stimmen der FDP, die damit auch ein koalitionsstaktisches Zeichen gesetzt hatte – zum Bundespräsidenten gewählt worden. Ein Geist von Veränderung und Reform, nicht zuletzt auch befördert durch die Freiburger Thesen der FDP, wehte durchs Land. Viele neue Ansätze in der Gesellschafts-, Innen- und Rechtspolitik, aber

auch in der Neuen Ostpolitik führten zu hitzigen, gesellschaftlich breit angelegten Diskussionen. In den 1970er Jahren, so schrieb der „Spiegel“, „wurde die FDP für ein paar Jahre zur spannendsten Partei des Landes“.

Ein „Sozial-Liberaler“ sei er damals nicht gewesen, sagte Lambsdorff später in einem Interview – sondern „ein Liberaler, und das voll und ganz“. War für ihn auch die Wirtschaftspolitik zentraler Interessenpunkt, so lehnte er doch eine Trennung zwischen den Politikfeldern, einen Bindestrich-Liberalismus über Sozial-Liberale, Rechts-Liberale oder Links-Liberale

immer wieder ab: Rechtsstaat und Marktwirtschaft seien für ihn zwei Seiten einer Medaille. Otto Graf Lambsdorff pflegte, wie ein Betrachter schrieb, „ein streng marktwirtschaftliches Credo“. Allerdings konnte man, wie Graf Lambsdorff später sagte, „die Klassifizierung in bestimmte Kästchen mit mir nicht machen“. Die Freiburger Thesen, wie auch das umstrittene Thesenpapier „Freie Kirche im Freien Staat“ von 1974, hat er, nach eigener Aussage, „landauf, landab vertreten“. Gleichzeitig bewegte ihn die Überzeugung, dass es einer Bestätigung des marktwirtschaftlichen und freiheitlichen Kurses in der Wirtschaftspolitik bedurfte, den die FDP immer vertreten hatte, der aber – so Lambsdorff später – „gelegentlich unklar geworden sein“ mochte. Und so nahm er gewichtigen Einfluss auf die Formulierung der 1977 vom FDP-Bundesparteitag als neues Grundsatzprogramm verabschiedeten „Kieler Thesen – Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat“, in denen verstärkt Akzente auf ordoliberalen Reformen gelegt wurden und auf deren inhaltlicher Basis er 1977 sein Amt als Bundeswirtschaftsminister übernahm und führte.

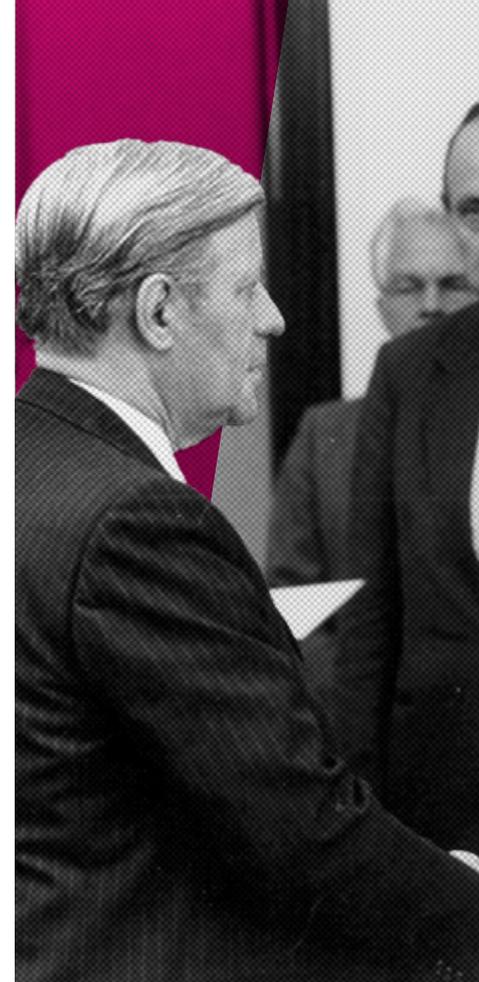


**Otto Graf Lambsdorff im Gespräch
mit dem SPD-Vorsitzenden
Willy Brandt um 1980**

Grundsätze und Entscheidungen

Lambsdorffs Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Helmut Schmidt war zu nächst vor allem aus außenpolitischen Gründen gut. Ähnliches galt auch im Hinblick auf den sozialdemokratischen Finanzminister Hans Matthöfer – zumindest bis zu dem Zeitpunkt, als sich nach der zweiten „Ölpreiskrise“ die wirtschaftliche Lage weiter verschlechterte. Zunehmend kritisierte Lambsdorff die steigende Staatsverschuldung und forderte eine Haushaltskonsolidierung vor allem über Minderausgaben. Das sahen auch andere in der FDP so, zum Beispiel der Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher, der 1981 mit einem „Wendebrief“ aufrüttelte, auch vor dem Hintergrund eines von der eigenen Partei immer stärker isolierten Bundeskanzlers Schmidt. In seinem später

„Wendepapier“ genannten „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumschwäche und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“ von September 1982 zeigte Graf Lambsdorff die Voraussetzungen einer Überwindung der Wirtschaftskrise auf. Die im „Wendepapier“ vorgeschlagenen Maßnahmen zur Geldwertstabilität, Haushaltskonsolidierung und Wirtschaftsbelebung – unter anderem Subventionsabbau, Einschnitte beim Arbeitslosengeld und Selbstbeteiligung im Krankheitsfall – stießen auf starken Widerstand beim Koalitionspartner und waren auch in der eigenen Partei nicht unumstritten. Aber auch hier ging es nicht nur um Wirtschaftspolitik: „Wenn Dauer-Arbeitslosigkeit für Millionen ein Leben in Freiheit und Eigenverantwortung verhindert, dann kann das nicht sozial sein“, sagte er Jahre später über dieses Papier.





Ende der sozialliberalen Koalition, 1982:

Helmut Schmidt reicht Otto Graf Lambsdorff die Hand, im Hintergrund Hans-Dietrich Genscher.

Aus inhaltlicher Überzeugung hatte Lambsdorff eine Situation herbeigeführt, in der für die FDP eigentlich nur noch der Koalitionswechsel blieb, wenn sie ihren programmatischen Grundlagen treu bleiben wollte – betreffend wirtschaftspolitische, aber auch außenpolitische Grundsätze. Es war ein waghalsiges Manöver, ähnlich dem der Installierung der sozialliberalen Koalition 1969. Mit beiden, aus Überzeugung und mit Mut vorgenommenen Richtungsentscheidungen gefährdete die FDP ihre Existenz, eben weil sie für einen Eintritt in eine Regierung oder den Verbleib in ihr Bedingungen stellte und bereit war, das Risiko einzugehen, am Schluss mit leeren Händen dazustehen. Ähnlich verbindlich und prinzipientreu war Graf Lambsdorff auch in Fragen der Menschenrechte – einem Schwerpunkt seiner Arbeit als Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Nauemann-Stiftung. Das erregte Aufmerksamkeit, weil erstens der weiterhin streitbare Lambsdorff hier wenig diplomatische Rücksicht nahm und sich zum Beispiel bei seinem Engagement für den Dalai Lama sowohl mit dem eigenen Außenminister als auch der chinesischen Regierung anlegte. Zweitens widersprach dies auch der landläufigen Einschätzung von Lambsdorff als eher konservativem Liberalen, der im Zweifel wirtschaftlichen Aspekten eindeutig Vorrang vor Fragen des Rechtsstaates und der Menschenrechte einräumen würde.

DAS WIRKEN IN DER POLITIK

06 In Partei, Fraktion und Regierung

Neben Hans-Dietrich Genscher setzte er 1982 den Koalitionswechsel von der SPD zur Union durch und schwor die FDP auf ihre Rolle als Korrektiv und Fortschrittskraft ein. Allerdings sollte die innerparteiliche Bewältigung des Wechsels noch einige Zeit und viel Energie in Anspruch nehmen. Lambsdorff gehörte der neuen christlich-liberalen Koalition erneut als Wirtschaftsminister an und trug mit dem nun beginnenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel entscheidend zur ökonomischen Erholung der Bundesrepublik in den 1980er Jahren bei. „Bis heute“, so schrieb die FAZ 2009, „ist das Amt

Bundespräsident Karl Carstens

überreicht Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Entlassungsurkunde, im Hintergrund Staatssekretär Hans Neusel



des Bundeswirtschaftsministers nach Ludwig Erhard mit keiner anderen Persönlichkeit so verbunden wie mit Otto Graf Lambsdorff.“

Ab 1984 überschattete die Verwicklung Lambsdorffs in die sogenannte Flick-Affäre seine politische Arbeit: Im Kern ging es um den Verdacht, der namensgebende Konzern habe gegen Parteispenden Steuererleichterungen für sich erwirkt. Als Schatzmeister der nordrhein-westfälischen FDP hatte Graf Lambsdorff entsprechende Spenden entgegengenommen und später als Wirtschaftsminister Steuervorteile für



den Flick-Konzern genehmigt. Nach der Eröffnung eines Verfahrens wegen Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung gegen ihn trat Lambsdorff im Juni 1984 von seinem Kabinettsposten zurück. Der Prozess endete 1987 mit einer Geldstrafe wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung, da es keine Anhaltspunkte für Bestechlichkeit und persönliche Bereicherung gab.

Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden: Wolfgang Mischnick, Otto Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher (v.l.n.r.)



Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden,

Otto Graf Lambsdorff gratuliert
Irmgard Adam-Schwaetzer,
im Hintergrund Wolfgang Mischnick

Zwar kehrte Lambsdorff nicht in sein Ministeramt zurück, blieb aber als wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion weiterhin einflussreich. Im September 1988 wurde er zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt – die FDP, so wurde kommentiert, brauche jemanden, der in stürmischer Zeit einen geraden Kurs halten kann. Und das schaffte er: „Er brachte Ordnung in die zerfasernde Partei“, kommentierte „Die Welt“ in einem Nachruf 2009.

Als FDP-Vorsitzender bewältigte er, nachdem die Mauer gefallen war, gemeinsam mit dem aus Dresden stammenden Wolfgang Mischnick in beeindruckender Zielstrebigkeit den Prozess der Zusammenführung der seit 1948 getrennten Liberalen in West- und Ostdeutschland und wurde im August 1990 – mit berechtigtem Stolz – erster Vorsitzender der nunmehr gesamtdeutschen FDP. Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember 1990 brachte den Liberalen mit den gemeinsamen Spitzenkandidaten Lambsdorff und Genscher ein Traumergebnis von 11 Prozent.

Otto Graf Lambsdorff blieb noch bis zur Bundestagswahl 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Für die nachfolgende Wahlperiode, in der sich die FDP als „putzmuntere Opposition“ neu definieren und finden musste, hatte er, ebenso wie Genscher, nicht mehr kandidiert.



Erfolg für
Deutschland.

F.D.P.
Die Liberalen

Das liberale Deutschland.

Otto Graf Lambsdorff

Personalisierungsplakat zur
Bundestagswahl von 1990

Bundesparteitag 1990 in Hannover: Otto Graf Lambsdorff,
Bruno Menzel, Lothar Ramin und Rainer Ortleb (v.r.n.l.)



Als „Elder Statesman“

Den FDP-Bundesvorsitz hatte Lambsdorff bereits 1993 abgegeben. Zu diesem Zeitpunkt trug ihm die FDP den Ehrevorsitz an, den er auch akzeptierte. Allerdings wies er in einem Interview darauf hin, wörtlich, dass er sich bemühe, die Ehre nicht mit dem Vorsitz zu verwechseln: „Ich hänge nicht dauernd am Telefon und gebe ungebeten gute Ratschläge.“

Sein Einfluss in der FDP und auf die öffentliche Meinung blieb trotzdem groß. Er war weiterhin ein wichtiger und strategisch kluger Ratgeber für vor allem jüngere, aufstrebende liberale Politiker – denen er oft zunächst einmal den Rat gab, eine berufliche Ausbildung abzuschließen und sich beruflich zu orientieren, bevor sie an eine politische Karriere dächten. Zwei Jahre nach seinem Ausscheiden als FDP-Vorsitzender übernahm Graf Lambsdorff den Vorstandsvorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung. Zwei der drei Punkte, die er als Gründe für seinen Eintritt in die FDP 1951 genannt hatte, blieben für ihn auch in dieser Funktion richtungsweisend: die Soziale Marktwirtschaft und der Föderalismus in Deutschland und

Europa. Zu Ersterem hatte er seine Meinung seit 1951 beibehalten, bei Letzterem hatte er sie allerdings geändert. Für die Stiftung legte er weithin beachtete konkrete Vorschläge einer von ihm geleiteten Expertenkommission zur „Reform des Föderalismus“ vor.

Zur Jahrtausendwende verhandelte Graf Lambsdorff als Sonderbeauftragter im Auftrag der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit Erfolg über die Wiedergutmachung für ehemalige Zwangsarbeiter des NS-Regimes in Osteuropa. Auch hier zeigte er sich als zäher Verhandler mit einem sicheren moralischen Kompass. Hier machte er, so „Die Welt“ in einem Nachruf, „unter den Augen einer zustimmend verwunderten Öffentlichkeit deutlich, welche Kraft in der liberalen Kombination von wirtschaftlicher Vernunft und praktischer Moral stecken kann“. Seine Tätigkeit führte im Jahr 2000 zur Gründung der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, an der sich die Bundesregierung und viele deutsche Unternehmen beteiligen.

**80. Geburtstag von
Otto Graf Lambsdorff,**
rechts Wolfgang Gerhardt



Bundesparteitag der FDP,
am 20.09.2009 in Potsdam,
Otto Graf Lambsdorff grüßt
auf dem Podium

Nachrufe: Wirkung und Vermächtnis

Für die einen war Otto Graf Lambsdorff, der am 05.12.2009 starb, „der marktwirtschaftliche Pfeiler im sozialliberalen Kabinett“, der „wirtschaftspolitische Mahner“. Franz-Josef Strauß nannte ihn ironisch den „selbsternannten Lordsiegelbewahrer der Marktwirtschaft“; Herbert Wehner hatte mit dem Begriff „Marktgraf“ spotten wollen, damit aber schließlich ein Markenzeichen kreiert. Ein Gütesiegel und ein Fanal für die Liberalen sah „Die Zeit“ nach seinem Tod in ihm: Wann immer sein Name ertönt sei, sei klar gewesen, dass es kein Verstummen geben würde. Aber auch kein Taktieren, keine Balance-Übungen, stattdessen Offenheit, Klarheit, Festigkeit. „Die Welt“ schrieb in ihrer Würdigung 2009: „Otto Graf Lambsdorff war nicht bequem, er wollte es nie allen recht machen. (...) Er konnte harsch sein, und er

hat mit seinen Urteilen nicht hinter dem Berg gehalten. (...) Er konnte und wollte seine Überzeugungen nie zur Disposition stellen.“

Unbestreitbar war Otto Graf Lambsdorff eine der prägenden Figuren der deutschen Nachkriegspolitik. Ein ausgewiesener Politik-Fachmann und Fachmann in der Politik, dem – wie er in Reden gerne sagte – ein politischer Karriereweg „vom Kreißaal über den Hörsaal in den Plenarsaal“ fremd war. Das schwierige Geschäft der Politik trug er mit Gelassenheit und Disziplin. Er selbst stellte es in einem Gespräch 2006 wie folgt dar: „Wer sich für eine freiheitliche Gesellschaft und eine liberale Wirtschaftsordnung einsetzt, wird immer kämpfen müssen. An meiner Fröhlichkeit kann das aber nichts ändern.“





Otto Graf Lambsdorff mit
Ehefrau Alexandra, um 1980

STATIONEN



Am 20.12.1926
in Aachen



Wehrdienst und
Gefangenschaft



Studium der Rechts- und
Staatswissenschaften an
den Universitäten Bonn und
Köln; Erstes juristisches
Staatsexamen



Promotion
zum Dr. jur.

Mitglied des Vorstandes der
Victoria-Rückversicherung AG



Mitglied des
Deutschen
Bundestages

LAMBSDORFF VITA

1926

1932 –
1944

1944 –
1946

1946

1947 –
1950

1951

1952

1955

1955 –
1971

1971 –
1977

1971/
1972

1972 –
1998

Schul Ausbildung in Berlin
und Brandenburg (Havel)



Abitur in Unna (Westfalen)

Mitglied der FDP



Zweites juristisches
Staatsexamen



Tätigkeiten im Bank- und
Versicherungsgewerbe

Mitarbeit in der
Programmkommission
zu den „Freiburger
Thesen“





24.10.1972 – 13.11.1978
Mitglied des FDP-Bundes-
vorstands

6.11.1982 – 7.10.1988
Beisitzer im FDP-Präsidium

Bundesminister
für Wirtschaft



Rücktritt als
Bundesminister
für Wirtschaft

Wahl zum ersten Vorsitzenden
der nunmehr gesamt-
deutschen FDP



Europäischer
Vorsitzender
der Trilateralen
Kommission



Vorsitzender des
Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung

1972 –
1977

1972 –
1978

1977 –
1984

1980 –
1982

1982 –
1988

1984

1984 –
1997

1988 –
1993

August
1990

1991 –
1994

1991 –
1994

1993

1995 –
2006

1999

Wirtschaftspolitischer
Sprecher der FDP-
Bundestagsfraktion



Wirtschaftspolitischer
Sprecher der FDP-
Bundestagsfraktion

5.12.1980 – 6.11.1982
Mitglied des FDP-
Bundesvorstands



7.10.1988 –
12.6.1993
Bundesvorsitz-
ender der FDP



Ehrenvorsitzender
der FDP



Präsident von
Liberal International

Beauftragter der
Bundesregierung für
die Verhandlungen
über Art und Höhe
der Entschädigung
für ehemalige
NS-Zwangsarbeiter



**Otto Graf Lambsdorff und
Manfred Gerlach**, Gerlach die
Zeitung „Der Morgen“ lesend

Otto Graf Lambsdorff

beim LDPD-Parteitag im
Februar 1990 in Dresden





DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Für den liberalen Vordenker Friedrich Naumann stand fest: Eine starke Demokratie braucht mündige Bürger. Erst wenn der Einzelne am politischen Prozess teilnimmt und Verantwortung trägt, wenn er sich einmischt und seine Meinung vertritt, wächst und gedeiht eine liberale Gesellschaft. Die nach ihm benannte Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich seit ihrer Gründung am 19. Mai 1958 durch Bundespräsident Theodor Heuss für die Werte der Freiheit, für Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in Deutschland und in der Welt ein.

Im Sinne des Begründers der liberalen Erwachsenenbildung setzt sich die Stiftung dafür ein, dass es auf der ganzen Welt weniger abhängige und mehr selbstbewusste, politisch aktive Bürger gibt – durch die internationale Stiftungsarbeit in über 60 Ländern, Studien- und Promotionsstipendien an Bewerber im In- und Ausland, politische Bildungsangebote, Veranstaltungen und Publikationen und historische Forschungsarbeit.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wirbt für Freiheit und darum, die Verantwortung wahrzunehmen, die mit Freiheit untrennbar verbunden ist. Sie fördert eine tolerante, fortschrittliche, gut ausgebildete und leistungsgerechtere Gesellschaft – mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen möglichst viele Chancen zu ermöglichen.

www.freiheit.org

FRIEDRICH NAUMANN

(1860 – 1919), Namensgeber der Stiftung



BILDLEGENDEN

Cover	Otto Graf Lambsdorff, LDPD-Parteitag 1990 in Dresden / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL* FD-417	Seite 19	Personalisierungsplakat, 1990. Quelle/Rechte: ADL P0-737
Seite 5	Personalisierungsplakat, 1987. Quelle/Rechte: ADL P0-463	Seite 19	Bundesparteitag 1990 in Hannover: Otto Graf Lambsdorff, Bruno Menzel, Lothar Ramin und Rainer Ortleb (v.r.n.l.) / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-96
Seite 7	Personalisierungsplakat, 1994. Quelle/Rechte: ADL P1-2465	Seite 21	80. Geburtstag von Otto Graf Lambsdorff, rechts Wolfgang Gerhardt, 2007 / Nutzungsrechte: ADL F20-132
Seite 9	Kandidatenplakat, 1972. Quelle/Rechte: ADL P1-320	Seite 21	Bundesparteitag der FDP am 20.09.2009 in Potsdam, Otto Graf Lambsdorff grüßt auf dem Podium / Foto Roberto Robaldo. Nutzungsrechte: ADL F20-54
Seite 10/11	Bundesaußenminister Walter Scheel, Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff im Gespräch, um 1970 / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-203	Seite 22/23	Otto Graf Lambsdorff mit Ehefrau Alexandra, um 1980 / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-358
Seite 13	Otto Graf Lambsdorff im Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt um 1980 / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-217	Seite 26	Otto Graf Lambsdorff und Manfred Gerlach, Gerlach die Zeitung „Der Morgen“ lesend / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-414
Seite 14/15	Ende der sozialliberalen Koalition, 1982: Helmut Schmidt reicht Otto Graf Lambsdorff die Hand, im Hintergrund Hans-Dietrich Genscher / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-331	Seite 27	Otto Graf Lambsdorff beim LDPD-Parteitag im Februar 1990 in Dresden / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-414
Seite 16/17	Bundespräsident Karl Carstens überreicht Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Entlassungsurkunde, im Hintergrund Staatssekretär Hans Neusel, 27. Juni 1984 / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-359	Seite 28	Truman Haus und Neubau: Geschäftsstelle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam-Babelsberg. Quelle/Rechte: ADL F20-173
Seite 17	Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden: Wolfgang Mischnick, Otto Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher (v.l.n.r.) / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-308	Seite 29	Friedrich Naumann im Profil, 1919. Quelle/Rechte: ADL FN3-13
Seite 18	Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden, Otto Graf Lambsdorff gratuliert Irmgard Adam-Schwaetzer, im Hintergrund Wolfgang Mischnick, 1988 / Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FD-308	Seite 31	Otto Graf Lambsdorff in der Gastüre der Lobby zum Plenarsaal des Bundestages, 1985. Foto Darchinger. Nutzungsrechte: ADL FN3-13

***ADL = Archiv des Liberalismus**



Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Karl-Marx-Straße 2

14482 Potsdam

www.freiheit.org